

„Wir brauchen mehr Dynamik in Baden-Württemberg – mehr WirtschaftsGrün“

Beginnen wir mit den Fakten:

- Deutschland ist immer noch die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt – wurde in den vergangenen 20 Jahren aber bereits von China überholt, auf absehbare Zeit wird auch Indien vorbeiziehen. Und mit Kalifornien könnte uns – wenn es bei den aktuellen Wachstumsraten bleibt – in einigen Jahren ein einzelner US-Bundesstaat hinter sich lassen.
- Die wirtschaftliche Entwicklung in Baden-Württemberg war in den letzten Jahren in erheblichem Maße von den Exporten nach Asien, insbesondere China, geprägt.
- Während in Baden-Württemberg nur rund 25 % der Internetanschlüsse auf eine Übertragungsrate von mehr als 100 Megabit kommen, sind es in Südkorea mehr als 90 Prozent, in Schweden knapp 80 Prozent, in Österreich gut 60 Prozent.
- Und während wir bei grüner Technologie noch relativ gut aussehen, spielt sich das Zukunftsthema Künstliche Intelligenz zum größeren Teil außerhalb Europas ab: Im sogenannten „AI Capabilities Score“ kommen wir auf 23 Punkte, die USA auf 45 und China auf 32.

Diese Daten zeigen uns zweierlei: Ja, uns geht es noch ziemlich gut, wir gehören nach wie vor zu den wohlhabendsten Regionen der Welt.

Aber der Trend spricht gegen uns – und da, wo die Grundlagen für die Zukunft gestellt werden, liegen wir zum Teil weit zurück, leider gerade in Baden-Württemberg. Es bedarf also keiner hellseherischen Fähigkeiten um vorherzusagen: Wir werden an Boden verlieren, wenn sich nicht grundsätzlich und zeitnah etwas ändert.

Dabei haben wir es in der Hand, den negativen Trend umzukehren – wir ganz allein. Denn dass Baden-Württemberg (Deutschland und Europa) in den vergangenen zehn Jahren gegenüber Amerika und Asien zurückgefallen ist, hat entscheidend mit einer Reihe struktureller Schwächen zu tun, die schon vor mehr als 10 Jahren diagnostiziert waren:

- Im März 2000 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU in Lissabon das Ziel, die Union bis 2010 zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaft der Welt zu machen.
- Wir wissen alle, was aus der Lissabon-Agenda wurde – und was nicht aus ihr wurde. Insbesondere in Baden-Württemberg. Doch welche Konsequenzen hat diese Entwicklung?

Natürlich hat es viel damit zu tun, dass Europa und die föderale Struktur in Deutschland manchmal kompliziert sind. Dass man einen Konsens finden muss, was oft nur zum kleinsten gemeinsamen Nenner führt. Aber es ist auch eine Frage der Haltung: Wir nehmen es zu selbstverständlich hin, dass die Lage so ist, wie sie ist; dass Baden-Württemberg zwar noch reich ist, aber eben nicht mehr ganz vorn mitspielt; dass wir zwar ein attraktiver Absatzmarkt sind, aber die Wertschöpfung zunehmend woanders erfolgt.

Es geschieht zu wenig, gerade hierzulande, in Baden-Württemberg. Exporte in Rekordhöhen, der PKW-Absatz brummt (insbesondere der Export nach China), zeitweise nahezu Vollbeschäftigung, ein vergleichsweise noch akzeptabler Schuldenstand – da neigt man dazu, sich etwas zurückzulehnen. Sprudelnde Steuerquellen verleiten zu Trägheit. Was aber heißt es für unsere langfristige Wettbewerbsfähigkeit, wenn die letzte wirklich große Reform in Baden-Württemberg – die Verwaltungsreform unter Ministerpräsident Erwin Teufel – über 15 Jahre her ist?

Wir müssen uns nur die wirtschaftliche Dynamik in Amerika oder Asien ansehen, um zu verstehen: Wenn wir uns nicht bewegen, werden wir zurückfallen. Stillstand ist Rückschritt. Wir müssen künftig deutlich härter dafür arbeiten, um auch in der Zukunft auf der Welt einen Spitzenplatz einzunehmen.

Es ist Zeit für einen Ruck in Baden-Württemberg, Deutschland und Europa, um einmal die Formulierung unseres früheren Bundespräsidenten zu bemühen.

Und zwar jetzt! 2021 und 2022 sind Jahre der Richtungsentscheidungen. Für Baden-Württemberg, Deutschland – aber letztlich auch für Europa. Denn es geht in diesem Superwahljahr nicht nur ums Kanzleramt oder wer wieder in der Villa Reitzenstein residiert? Es geht darum, welche Wirtschaftspolitik, ja: welche Wirtschaftsordnung das kommende Jahrzehnt prägen soll. Wie nachhaltig, sozial ausgewogen und digital unsere Wirtschaft wird. Und was letztlich aus unserer Umwelt und unserem Wohlstand wird.

All das hängt eng mit unserer Haltung zusammen. Das schafft keiner allein, das schafft man nur gemeinsam. Positiv beispielhaft dafür stehen Unternehmen wie die Daimler AG, SAP AG, Robert Bosch GmbH sowie viele mittelständische Familienunternehmen.

Der Wandel eines Bundeslandes (eingebettet in die EU) ist sicher schwieriger als der Wandel eines Unternehmens. Aber Baden-Württemberg hat noch eine starke wirtschaftliche Basis und somit allerbeste Voraussetzungen. Wir haben es selbst in der Hand. Die Corona-Krise (Biontech), hat uns doch gezeigt, dass große Würfe möglich sind. Das sollte uns Mut machen. Mut genug für eine neue Kultur des Anspruchs – nicht nur schöne Reden, Aktionspapiere und Strategiedialoge. Endlich gepaart mit einer Kultur der Umsetzung; Umbau des Automobilstandorts als Thema angewandter Forschung – damit aus Ambition auch Wirklichkeit werden kann.

Welchen wirtschaftspolitischen Rahmen aber sollten wir anstreben? Sechs Thesen dazu:

Erstens: Baden-Württemberg braucht eine umfassende Wirtschaftsstrategie. Die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit darf keine Nebensache sein, sondern gehört ganz oben auf die politische Agenda.

Eine solche Wirtschaftsstrategie sollte vor allem drei Elemente umfassen: mehr Investitionen in die (digitale) Infrastruktur, in erneuerbare Energien und Energieeffizienz – und deutlich mehr Bildung.

Denn wir müssen uns immer wieder vor Augen führen, in welchem Umfeld wir agieren: Wir befinden uns in einem Standort-Wettbewerb – vor allem mit 330 Millionen Menschen in den Vereinigten Staaten, mit 1,4 Milliarden in China und bald auch mit ebenso vielen Menschen in Indien.

Allein diese Zahlen machen deutlich, dass unsere Antwort nicht in nationalen Alleingängen bestehen kann. Ein stärker integrierter Binnenmarkt in Europa ist nicht eine Option unter vielen – sondern unsere einzige realistische Chance, um auf Dauer ökonomisch und politisch relevant zu bleiben. Und Baden-Württemberg hat das Zeug dazu, sich an die Spitze des Zuges zu setzen.

Was heißt das konkret?

Schon früh in ihrer Geschichte hat die Europäische Union die Grenzen für den Warenverkehr geöffnet – doch bis heute haben wir keinen echten Binnenmarkt für Dienstleistungen. Ausgerechnet die Digitalwirtschaft endet in Europa oft an den Landesgrenzen. Wenn ein Start-up im Silicon Valley ein gutes Produkt entwickelt, findet es sofort einen riesigen Heimatmarkt vor – und kann bereits dort so weit wachsen, dass es danach global bestehen kann.

In Europa dagegen müsste dasselbe Start-up schon in einer frühen Phase so viele Juristen beschäftigen, die sich mit ausländischem Steuer- oder Verbraucherrecht auskennen, dass eine Internationalisierung sich kaum lohnt oder zumindest viel, viel langsamer verläuft. Und in vielen Fällen wird so der Sprung über die Grenze gar nicht erst gelingen. Wir brauchen also einen wirklichen

Binnenmarkt – ohne Wenn und Aber. Dafür muss sich die Landesregierung Baden-Württembergs stark machen.

Bis es so weit ist, gilt es hierzulande ein gründerfreundliches Umfeld zu schaffen, das bürokratische Hürden abbaut und innovative Finanzierungslösungen ermöglicht. In Bayern scheint das zu gelingen. Dort liegt die Zahl der selbständigen Existenzgründungen etwa doppelt so hoch wie im Land der Tüftler und Denker! Die Start-Up-Musik spielt im Großraum München, die FinTech-Szene tummelt sich in Berlin.

Mehr Investitionen – vor allem in unsere Infrastruktur. Bei der digitalen Infrastruktur boxen wir doch weit unter unserer eigentlichen Gewichtsklasse. Wobei doch klar ist: Die technischen Grundlagen der Digitalisierung sind Leistungen der Daseinsvorsorge und damit Voraussetzung für erfolgreiches unternehmerisches Tun, Voraussetzung um Wohlstand erarbeiten zu können.

Mit diesem Rückstand werden wir beim Internet der Dinge nicht mithalten, geschweige denn führen können – obwohl wir hier mit den Stärken unserer Industrie eigentlich die allerbesten Voraussetzungen haben.

Die Engpässe setzen sich in anderen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens fort – die Schulen sind ein Beispiel dafür. Im Bildungsmonitor lag Baden-Württemberg über viele Jahrzehnte immer auf Platz 1 oder 2. Inzwischen sind wir auf Rang sechs abgerutscht; im Fußball ist das schon außerhalb internationaler Ränge.

Dafür ist es essenziell, dass wir auch mehr in ökonomische Bildung investieren. Zu viele Menschen tun sich schwer damit nachzuvollziehen, worauf es im Wettbewerb mit anderen wirtschaftlichen und politischen Systemen ankommt. Wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Fragen kommen in unserem Bildungskanon noch immer viel zu kurz. Wenn Gymnasiasten zwölfmal mehr Sportstunden als Wirtschaftsstunden haben, sagt das viel über den Stellenwert dieses Faches aus. Schule ist im Zeitalter der Digitalisierung mehr als nur Laptops! Der Lehrer als Lernbegleiter, adaptiven und digitalen Lernens. Moderne Berufsschulen arbeiten mit 3-D-Druckern, KI im digitalen Lernlab.

Insgesamt: Der vom vormaligen Bundespräsidenten Roman Herzog geforderte Ruck ist verpufft. Bildung wurde nicht zur Nummer eins in der Politik. Über zehn Jahre lang hatte man Zeit, die digitale Infrastruktur zu erweitern, die technologische Entwicklung an unsere Schulen zu bringen. Dazu sind viele seit der Pandemie viele, viele Monate verstrichen, ohne wirksame Konzepte zu entwickeln, die den Unterricht nach den Sommerferien 2021 verlässlich sicherstellen würden.

Ja, das Thema ist in der Politik angekommen. Gleichwohl die Debatte über Gendersprache immer noch höher gehängt wird als eine zeitgemäße Ausstattung für digital gestützten Präsenzunterricht oder so banale Dinge wie die Belüftung der Klassenräume.

Aus dem Digitalpakt Schule, von der Bundesregierung im Frühjahr 2019 auf den Weg gebracht, sind in Baden-Württemberg noch nicht einmal ein Viertel der Mittel abgerufen.

Die Pandemie führte zu einer weiteren Spaltung unserer Gesellschaft. Die soziale Vererbung von Bildungschancen ist auch in Baden-Württemberg immens. Noch immer werden ungleiche Ausgangslagen durch das Bildungssystem verstetigt, wenn nicht verschärft. Verschärft durch unzureichend ausgestattete Schulen, unzureichende Personalstrukturen, mangelnde Gestaltungsmöglichkeiten der Schulleitungen. Angesichts der vielen Folgen unzureichender Bildung für den gesamten Lebenslauf unserer Kinder. Das ist ein Drama!!

Ein Drama auch für die Wirtschaft; ohne qualifizierte Schulbildung wird es schwierig, den vorherrschenden Fachkräftemangel qualifiziert zu beseitigen.

Ein weiteres Engpasssthema ist der Ausbau der klimafreundlichen erneuerbaren Energien. Baden-Württemberg kommt per Jahresende 2020 gerade einmal auf einen Anteil von 32 %, während das Nachbarland Bayern 55 % erreicht. Die unter Ministerpräsident Dr. h.c. Lothar Späth in 1987 noch als bedeutend eingestufte Wasserkraft wurde zu grünen Regierungszeiten auf einen Anteil von 5 %

zurückgedrängt (Anteil Bayern 15 %). Der Ausbau der Windkraft bewegt sich quasi im Stillstand. Ganze 12 Windräder gingen im letzten Jahr im Ländle ans Netz. Die Genehmigungsdauer für eine Anlage liegt aktuell bei 6 Jahren. Realistisch betrachtet sind 1.000 neue Windkraftanlagen, wie sie der Koalitionsvertrag vorsieht, ein Wunschtraum (besser Nebelkerze). Es mangelt doch schon auf allen Ebenen am Mut, die Verhinderungsbürokratie aus dem Weg zu räumen. Ein neuer Landesentwicklungsplan und Standorte im Staatswald sollen alles zum Guten wenden. Die Hoffnung stirbt zuletzt, wobei die Frage erlaubt sei: „Welche Partei stellt seit über 10 Jahren den Ministerpräsidenten“?! Mehr Naturschutz und die Energiewende wurden uns allen schon im Koalitionsvertrag vom April 2011 versprochen.

Je länger wir mit pragmatischen und gangbaren Lösungen warten, desto teurer wird es, desto größer wird der Wettbewerbsnachteil, desto flacher steigt unser Wachstumspfad an. Die Förderung neuer Technologien, eine bessere Infrastruktur und die Transformation in eine nachhaltige und digitale Wirtschaft und Gesellschaft erfordern enorme Summen. Allein im Kampf gegen den Klimawandel muss Europa nach Berechnungen der EU-Kommission in diesem Jahrzehnt 350 Milliarden Euro pro Jahr investieren. Für Baden-Württemberg bedeutet dies 5 Mrd. Euro pro Jahr, also 1 % der Wirtschaftsleistung.

Woher soll nun dieses Geld kommen?

Diese Frage führt mich zu einer **zweiten These: Wir müssen mehr privatwirtschaftliche Mittel mobilisieren. Aktivierung des Kapitalmarktes für einen Green Deal.**

Während der Corona-Krise mögen wir uns daran gewöhnt haben, dass Regierungen und Zentralbanken die Wirtschaft mit gewaltigen Summen unterstützen. Aber die nötigen Zukunftsinvestitionen werden wir nicht auf diesem Weg finanzieren können. Wir können nicht mehr einfach auf dauerhaft niedrige Zinsen bauen. Und damit auch nicht auf eine immer höhere Verschuldung.

Ebenso schädlich wäre es aber, wenn wir gewaltige Staatsausgaben über deutlich höhere Steuern finanzierten. Denn auch wenn es in manchen Wahlprogrammen derzeit anders klingt: Deutschland ist schon heute ein Hochsteuerland. So zahlen Kapitalgesellschaften über alle Steuerarten hinweg hierzulande mit die höchsten Abgaben im OECD-Kreis.

Auch wenn also derzeit das Gefühl vorherrscht, der Staat müsse und könne alles richten, muss unser Fokus auf privatwirtschaftlich finanzierten Investitionen liegen. Das beginnt mit den Banken, die in Baden-Württemberg vier von fünf Euro zur Finanzierung von Unternehmen beitragen. Die Banken werden sich dieser Verantwortung weiterhin stellen. Und natürlich werden die Banken auch weiterhin daran arbeiten, um langfristige und nachhaltige Profitabilität sicher zu stellen und die Wirtschaft so unterstützen zu können.

Notwendig sind aber auch die richtigen Rahmenbedingungen. Es kann nicht im Sinne der Wirtschaft sein, wenn gerade jetzt die Kreditvergabe unnötig eingeschränkt wird – über ein Basel-IV-Regelwerk, das eher mittelstandsfeindlich ist und die aktuellen Erfordernisse zu wenig berücksichtigt. Oder über Jahr für Jahr höhere Abgaben in einen europäischen Banken-Abwicklungsfonds, der schon jetzt über den ursprünglich angepeilten Rand hinaus befüllt ist – verursacht durch die Geldschwemme der Notenbanken.

Klar ist aber auch: Diese Jahrhunderttransformation hin zu einer digitalen und nachhaltigeren Wirtschaft lässt sich nicht allein über Banken finanzieren. Dagegen sucht privates Kapital direkte Anlagemöglichkeiten. Laut einer Studie von PriceWaterhouseCoopers könnte allein das institutionell verwaltete Vermögen weltweit bis 2025 auf fast 150 Billionen Dollar wachsen.

In Baden-Württemberg belief sich zum Jahresende 2020 das Sparaufkommen (Bankeinlagen) auf rund 200 Mrd. Euro. Angelegt ohne großartige Rendite.

Um diese Mittel insgesamt kämpfen alle Wirtschaftsstandorte weltweit, für sie muss Baden-Württemberg ein attraktiver Hafen sein, wenn wir unsere Volkswirtschaft erfolgreich transformieren wollen. Das käme auch all jenen Bürgern zugute, die in einer alternden Gesellschaft händeringend nach Vorsorgemöglichkeiten jenseits angeschlagener Umlagesysteme suchen.

Einen stärkeren Kapitalmarkt – und das ist die dritte These – erreichen wir nur auf europäischer Ebene.

Bisher gibt es einen Finanzbinnenmarkt nur in Ansätzen. In vielen Fällen haben wir dagegen 27 verschiedene Spielregeln für ein und dasselbe Produkt, für ein und dieselbe Transaktion.

Es wäre überfällig, die europäische Bankenunion zu vollenden. Und auf diese Bankenunion müsste ebenso dringend die Kapitalmarktunion folgen. Das Spiegelbild zur hohen Abhängigkeit von Banken in der Unternehmensfinanzierung ist, dass nur 20 Prozent des Geldes vom Kapitalmarkt kommen – in den USA sind es rund 60 Prozent. Wenn man sieht, wie sich amerikanische Firmen über Aktien und Anleihen finanzieren, welch lebendige Szene für Wagniskapital es dort gibt, dann wird deutlich, welches Potenzial wir hier in Europa und natürlich auch in Baden-Württemberg derzeit brachliegen lassen.

Ohne einen funktionierenden Kapitalmarkt in Europa wird auch die digitale und nachhaltige Transformation Stückwerk bleiben. Oder um es noch deutlicher zu sagen: Ohne eine Kapitalmarktunion wird es den „Green Deal“ nicht geben.

Die Förderung privater Investitionen ist kein politisches Gewinnerthema. Das führt mich zur **vierten These: Eine unserer größten Herausforderungen besteht darin, die Menschen mitzunehmen**. Nicht nur in diesem Wahlkampf, sondern in den kommenden Jahren und Jahrzehnten.

Baden-Württemberg hat eine innovative Börse, Institutionen wie Stuttgart Financial und wissenschaftliche Expertise an der Universität Hohenheim. Damit sollte für Wirtschaft und Gesellschaft vieles Gelingen. Es braucht aber einen Schub mit Biss!!

Unsere Wirtschaft zu transformieren und dabei wettbewerbsfähig zu bleiben – das wird ein Kraftakt für unsere Gesellschaft werden. Wir müssen allesamt bereit sein, uns zu verändern. Es ist also an uns allen – Politik und Wirtschaft – unseren Weg besser zu erklären. Klarzumachen, warum die soziale Marktwirtschaft ein System mit Zukunft ist – dass sie sich dafür aber selbst weiterentwickeln muss. Mit einer Stärkung der Regionen, mehr Fertigungstiefe im Ländle mit einer Kultur der Kooperation (Genossenschaftsmodelle)

Fünfte These – solide öffentliche Finanzen

Gegenüber 2011 haben sich die jährlichen Steuereinnahmen in Baden-Württemberg inzwischen um rund 10 Mrd. Euro erhöht. Trotzdem ist es nicht gelungen, die Neuverschuldung signifikant zu reduzieren. Kameral betrachtet, belaufen sich die Schulden des Landes auf rund 45 Mrd. Euro, zuzüglich der Neuverschuldung für 2020 (11 Mrd. Euro) und 2021 (2,4 Mrd. Euro) aufgrund der Corona-Pandemie.

Auch wenn das Anlagevermögen (Ende 2019 64 Mrd. Euro, lt. Vermögensrechnung) in den letzten Jahren angestiegen ist, so muss festgestellt werden, dass die gestiegenen Steuereinnahmen insbesondere für konsumtive Ausgaben, insbesondere die Personalangaben, verwendet wurden. Die Personalausgaben des Landes (jährlich) stiegen von 14 Mrd. Euro in 2011 auf 19 Mrd. Euro (hochgerechnet) in 2021. In einer Zeit, in der die Wirtschaft die administrativen Ausgaben durch Digitalisierung und schlanke Organisations- und Entscheidungsstrukturen drastisch gekürzt hat,

wurde seit 2011 der Regierungsapparat um etwa 1.100 Stellen auf 4.000 aufgestockt. Während junge Wissenschaftler prekär beschäftigt sind.

Dieses Regierungshandeln hat das große Problem der Pensionslasten gar noch verschärft. In 2011 beliefen sich die Versorgungsaufwendungen des Landes noch auf 4.175 Mio. Euro; für das Jahr 2022 werden es hochgerechnet über 7.000 Mio. Euro sein. Für die Versorgungsausgaben sind nur in geringem Umfang Rücklagen vorhanden, so dass Versäumnisse und die enorme Personalaufstockung der letzten Jahre über den zukünftigen Landesfinanzen wie ein Damoklesschwert hängen.

Aufgrund der enormen Pensionslasten weist die Vermögensrechnung 2019 des Landes Baden-Württemberg einen Negativsaldo von 175,66 Mrd. Euro aus.

Der Klimawandel, Infrastrukturmaßnahmen und Nachholbedarfe im Bildungsbereich stellen das Land vor enorme Herausforderungen. Immer mehr Personalstellen für neue (selbst geschaffene) Aufgaben? Die Zeit für eine additive Modernisierung der öffentlichen Verwaltung ist doch längst vorbei. Reflexive Modernisierung und solide Haushaltsführung waren bei Bündnis 90/Die Grünen vor der Regierungsübernahme ein hoch angesiedeltes Thema?!

Sechste und letzte These: Bezahlbarer Wohnraum – ein Standortfaktor

Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum wird jetzt auch in Baden-Württemberg gestellt. Es gibt dafür seit diesem Jahr sogar ein eigenes Ministerium. Im Land mit dem Lied „schaffá, schaffá Häusle bauá“ war das lange Zeit kein Thema.

Bezahlbares Wohnen wird immer mehr zur sozialen Frage. Der Zusammenhalt einer Gesellschaft wird maßgeblich über das Wohnen und Wohnumfeld geprägt. Der Zuzug von dringend benötigten jungen Talenten darf nicht an knappem und unbezahlbarem Wohnraum scheitern. Ebenso müssen die sich ändernden Wohnbedürfnisse einer immer älter werdenden Gesellschaft und die energetische Modernisierung hin zur Klimaneutralität im Blick behalten werden.

Mit einer Wohneigentumsquote von unter 50 % liegt Deutschland auf dem vorletzten Platz in Europa. Wohnungsbau ist in Baden-Württemberg teuer. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum beginnt mit der Zurverfügungstellung von günstigem Bauland und mehr Möglichkeiten baulicher Verdichtung (vor allem in Städten). Dieses ist knapp, doch solange es nicht gelingt, mehr Bauland und vor allem schneller auszuweisen, wird sich die Preisspirale weiterdrehen.

Ein weiterer Kostenfaktor sind die mehr als 20.000 Bauvorschriften (1990: 5.000 Vorschriften) und Auflagen. Wobei energetische Auflagen ihre Rechtfertigung haben, doch deren Einhaltung verlangt häufig zusätzliche Gutachten als Nachweis, was zur Verteuerung des Wohnraums nicht unerheblich beiträgt. Hinzu kommen Einsprüche von Nachbarn sog. Nimbys (Not in my backyard) und Verbänden. All dies hat zur Folge, dass Verwaltungen überfordert sind und Genehmigungsverfahren sich in die Länge ziehen und unkalkulierbar werden.

Ziel muss sein, bezahlbaren Wohnungsbau als eine der sozialen Fragen des kommenden Jahrzehnts zu erkennen. Daher muss alles, was die Schaffung von Wohnraum behindert oder verzögert auf den Prüfstand und erkannte, überflüssige regulatorische Hemmnisse, über Bord geworfen werden. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass das was wir heute in die Wege leiten, frühesten Mitte dieses Jahrzehnts sichtbar wird.

Fazit

Baden-Württemberg muss grüner werden und in einer Welt die sich schnell verändert, die Pfadfinderfunktion (Pfad-Finder) einnehmen. Dazu braucht's einen Schub, Mut und mehr Handlungsbereitschaft der politischen Führung. Sonntagsreden und Hochglanzbroschüren reichen nicht. Ein Wort das nicht zur Tat wird hat keinen Wert. Oder um es mit Adolf Kolping auszudrücken: „Schönen reden tut's nicht – die Tat zielt den Mann“!

Wir alle, egal an welcher Stelle wir Verantwortung tragen, können unseren Teil dazu beitragen.

Die Vielfalt in unserem Lande können wir in einen einzigartigen Vorteil ummünzen. Denn Innovation entsteht nicht dadurch, dass alle dasselbe denken, dass alle denselben Hintergrund haben. Innovation entsteht aus dem Wettstreit von Ideen. Aus intellektueller Diversität. Aus der Freiheit heraus, diese Diversität verwirklichen zu dürfen. Und wenn es eine Region in der Welt gibt, die divers ist und trotzdem auf gleichen Werten basiert – dann ist es unser Baden-Württemberg.

Eugen Schlachter
Diplom-Bankbetriebswirt (ADG)